



Glaubenssachen

Sonntag, 13. Januar 2013, 08.40 Uhr

Geld oder Würde?
Bedingungsloses Grundeinkommen
und abendländisches Menschenbild
Von Mathias Greffrath

Redaktion: Florian Breitmeier
Norddeutscher Rundfunk
Religion und Gesellschaft
Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22
30169 Hannover
Tel.: 0511/988-2395
www.ndr.de/ndrkultur

- Unkorrigiertes Manuskript -

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

„Es ist wie Monopoly. Sie kennen doch dieses Feld, das Los heisst, und jedesmal, wenn Sie drüberziehen, gibt es 4000 Mark Spielgeld. In unserem Konzept gibt es jeden Monat 1000 Euro.“ Mit eingängigen Sprüchen, wie sie Wanderprediger oder Vertreter machen, füllt der anthroposophische Drogerieunternehmer Götz Werner seit Jahren die Säle und preist das Bedingungslose Grundeinkommen an: es soll gegen Arbeitslosigkeit helfen, das Engagement der Bürger für Umweltschutz, Bildung und Pflege fördern, Treibstoff für eine Explosion von Kreativität sein und der bürokratischen Würdelosigkeit des Hartz IV-Systems ein Ende setzen.

Seit Jahren geistert die Idee eines bedingungslosen – also von Arbeitsverpflichtung freien – Grundeinkommens durch die sozialpolitische Debatte. Vertreter der Linken treten für es ein, weil es dem, wie sie es nennen, „offenen Strafvollzug“ von Hartz IV ein Ende setzen würde. Grüne sind für das Konzept, weil viele ihrer jungen, „kreativen“ Wähler sich davon einen Ausweg aus den Dauervoluntariaten versprechen. Neoliberale fordern das Grundeinkommen, weil es die Alimentierung überflüssiger Arbeitskräfte ein für alle Mal auf preiswerte Dauer stellen würde.

Man muss also genau hinsehen, wer da was mit welchem Ziel fordert, was sich hinter den Konzepten „Solidarisches Bürgergeld“, „emanzipatorisches Grundeinkommen“, „grüne Grundsicherung“ verbirgt, hinter der Parole „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ des Soziologen Ulrich Beck, oder dem Slogan „Freiheit, Gleichheit, Grundeinkommen“ des Drogeriemilliardärs Werner und seinem Versprechen, ein Grundeinkommen werde „der Arbeit ihren Sinn und den Menschen ihre Würde zurückgeben“.

Würde und Vollbeschäftigung – diese beiden Begriffe verweisen auf zwei grundlegende Prämissen der Grundeinkommensidee.

Die eine heisst: Heute spricht nichts mehr gegen die Verwirklichung einer alten, von bürgerlichen Philosophen und katholischen Sozialethikern erhobenen Forderung. Nach 200 Jahren industriellen Fortschritts und angestrenzter Arbeit ist unsere Gesellschaft reich genug, um allen Bürgern ein Leben in existenzieller Sicherheit zu ermöglichen – und der Staat hat die Aufgabe, dies sicherzustellen.

Das zweite grundlegende Argument für ein Grundeinkommen lautet: Es ist nicht mehr genug Erwerbsarbeit da. Vollbeschäftigung sei, wegen des technischen Fortschritts, der Sättigung der heimischen Märkte für Gebrauchsgüter und der globalen Konkurrenz, zur Illusion geworden. Wenn aber nicht mehr alle ein lebenssicherndes *Einkommen* durch Arbeit beziehen können, dann müsse das *Auskommen* zu einem Bürgerrecht werden.

Auch diese Annahme, dass uns die Erwerbsarbeit ausgeht, scheint zu stimmen. Auf den ersten Blick jedenfalls. In Deutschland werden heute fast genau so viel Arbeitsstunden geleistet wie vor fünfzig Jahren, aber die arbeitsfähige Bevölkerung ist in derselben Zeit von 26 auf 44 Millionen gewachsen. Die ökonomische Wertschöpfung pro Jahr hat sich verdoppelt, mit erheblich weniger Arbeitszeit. Es arbeiten mehr Menschen als vor 50 Jahren, aber immer weniger haben eine Beschäftigung, die ihre Existenz sichert: von

den rund 42 Millionen Erwerbstätigen geht nur die Hälfte einer Normalbeschäftigung nach: mit einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle.

Anders gesagt: die Zeit der Massenarbeitslosigkeit ist keinesfalls vorbei. Offiziell sind nur 2,9 Millionen Menschen arbeitslos. Aber rund sieben Millionen erhalten Arbeitslosengeld I und II, darunter verdeckte Arbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen und Fortbildungsschleifen, Mini-Jobber, Teilzeitarbeiterinnen, Kurzarbeiter, prekär Beschäftigte, deren Einkommen nicht zum Leben reicht, und die es durch Hartz IV aufstocken müssen. Es sind Menschen darunter, die voll arbeiten, zu Hungerlöhnen, und dennoch zum Sozialamt gehen müssen, um dort ihre Bedürftigkeit vorzurechnen – in unserem reichen Land, mit dem größten Niedriglohnsektor in ganz Europa.

So gesehen scheint also die Idee eines Grundeinkommen durchaus plausibel. Dieses würde der staatlichen Unterstützung den diskriminierenden Makel nehmen, und, wichtiger noch: es machte Schluss mit dem Zwang, schlechtbezahlte Drecksarbeit zu machen, es schaffte einen Sockel an Zukunftssicherheit für alle und würde – so sagen seine Befürworter – die Löhne im Niedriglohnsektor steigen lassen.

Doch das ist eine semantische Mogelpackung, sagen die Kritiker des Konzepts. Materiell gesehen ist es zunächst nichts anderes als ein garantiertes HartzIV für alle, nur ohne Bedürftigkeitsprüfung.

An der Lage der jetzigen Erwerbsunfähigen und Arbeitslosen würde es nichts grundsätzlich ändern, auch wenn das Grundeinkommen bezahlbar wäre. Aber lassen wir die Frage der Finanzierbarkeit einmal beiseite – die wichtigere Frage lautet: Was soll die Gesellschaft noch zusammenhalten, wenn es von der Ausnahme zur Regel wird, dass ein Stamm von „Leistungsträgern“, die vierzig Stunden und mehr arbeiten und jetzt schon die Sozialkosten einer wachsenden Zahl Arbeitsloser, Minijobber, Leiharbeiter, Aufstocker tragen, nun auch noch die Alimentierung von Menschen übernehmen soll, denen 1000 Euro und Krankenversicherung reichen, um ein Leben in Selbstbestimmung zu führen?

Schon aus demokratischen Erwägungen heraus wäre das Grundeinkommen problematisch. Die Freiheit des Einzelnen, so lautet der demokratische Grundsatz, darf die Freiheit aller anderen nicht einschränken. Genau diese Voraussetzung würde vom Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen beschädigt, gibt der Ökonom Heiner Flassbeck zu bedenken: „Die Freiheit des Einen, nicht am Erwerbsleben teilzunehmen, auch wenn er dazu in der Lage wäre, führt zum Zwang für andere, eben diese Freiheit des einen durch eigene Arbeit und die eigene Bereitschaft, deren Früchte zu teilen, zu ermöglichen. ... Damit aber ist die Freiheit des einen sozusagen auf die ‚Unfreiheit‘ anderer angewiesen.“

Mit dem Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen hätten wir das Ethos der Arbeitsgesellschaft endgültig verabschiedet, uns abgefunden mit einer Reservearmee von schlecht ausgebildeten, ökonomisch überflüssigen, unbeschäftigten, ausgehaltenen Menschen, die das Recht auf Arbeit – die alte Forderung der Arbeiterbewegung, der

katholischen Soziallehre, der Menschenrechtscharta der UN – eingetauscht hätten gegen einen gesetzlichen Anspruch auf Almosen.

Das Grundeinkommen wäre ein Schritt zu Wiederherstellung der Würde, sagen seine Befürworter. Aber es wäre wohl eine bloß negative Würde, die sich auf das Recht beschränkt, nicht zu verhungern, nicht körperlich zerstört zu werden. Es wäre wenig mehr als die Würde, die wir jedem Haustier zubilligen. Menschen-Würde, das ist der Wert, die Stellung des Menschen in einem sozialen Ganzen. Und diese Würde verliert man nicht, weil man arm ist, weil man hungert, sondern wenn man aus diesem sozialen Ganzen ausgeschlossen wird. Aus der menschlichen Gemeinschaft. Und die ist von Anfang der Geschichte an eine ARBEITS-Gemeinschaft.

Denn mit der Fähigkeit zur Arbeit, der Bearbeitung von Gegenständen, begann die Geschichte der Menschengattung. Aufrecht gehen konnten auch die nächsten Verwandten, die Primaten, aber erst die kleine Mutation, die uns den beweglichen Daumen gab, machte komplexe Manipulationen möglich, und diese ersten technischen Tätigkeiten produzierten kausale Spuren in den Gehirnbahnen. Werkzeuge ermöglichten die Bemeisterung der Umwelt und die Verwandlung von Ungeformtem in Geformtes. Das stärkte das Gefühl der Selbstwirksamkeit, und die Anfänge eines Ichs, das sich aus der Natur heraus entwickelte. So entstand das Individuum. Der Mensch, der anders ist als andere Menschen. Der anderes kann als andere Menschen. Und der mit anderen zusammenarbeiten muss. Den die anderen brauchen. Arbeit machte Menschen unterschiedlich. Wer geschickt war im Herstellen von Faustkeilen, für den jagten nun die anderen. Arbeitsteilung erhöhte die Produktivität der Gruppe.

Was die Anthropologen erforschen, davon berichtet auch die Schöpfungsgeschichte. Die menschliche Gemeinschaft ist eine Arbeitsgemeinschaft. Schon die erste Gemeinschaft war eine. Denn das Paradies war mitnichten ein Schlaraffenland, in dem man die Früchte nur vom Baum pflücken musste. Gott, so heißt es im Buche Genesis, hatte die Erde geschaffen, mit allem, was darauf war, als er merkte, dass „kein Mensch da war, der das Land bebaute“. Also schuf er den Menschen und „setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bebaute und bewahrte“.

Arbeit, das ist die Botschaft gleich auf den ersten Seiten der Bibel, Arbeit ist die Fortsetzung des Schöpfungswerkes mit menschlichen Mitteln, und mit Kains Söhnen beginnt die Geschichte der Arbeitsteilung.

Und die zweite Botschaft des Alten Testaments lautet: Arbeit soll frei sein. Der Auszug aus der ägyptischen Gefangenschaft wird bejubelt als Exodus aus dem Regime der Sklaven-, der Zwangsarbeit. Die Arbeitenden, sagt die Tora, sollen eine Gemeinschaft bilden, in der die Unterschiede nicht zu groß werden: das ist die Botschaft des Jesaja, wie sie sich im Gebot des periodischen Schuldenerlasses ausdrückt, und des Jubeljahres, in dem das Land neu verteilt werden sollte. Tief in der judäo-christlichen Tradition steckt der Gedanke dieser Gleichheit in der Arbeit und durch die Arbeit. Das gute Leben findet in der Arbeit statt, nicht jenseits von ihr. Das unterscheidet das Christentum vom aristokratischen Geist der griechischen Demokratie. Die griechische

Freiheit ist Freiheit von der Arbeit. Gleich sind nur die Voll-Bürger Athens, die Arbeit tun die Sklaven, denn Handarbeit schändet.

Das ist im Christentum, das als Handwerkerreligion begann, anders. Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen – der berühmte Paulinische Satz, mit dessen unseliger Verballhornung der damalige SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering die Hartz IV-Sanktionen rechtfertigen wollte, Dieser Satz bedeutete: Jeder hat beizutragen zum Überleben aller; in der Gemeinde gibt es keine materiellen Privilegien für vagabundierende Sinnstifter. Paulus verdiente sich sein Brot als Sattler. Die christlichen Orden des Mittelalters verknüpften Gottesdienst und Arbeit in ihrem Credo „ora et labora“ – das wertete jegliche Arbeit auf als Dienst am Nächsten, an der Gemeinschaft und damit an Gott, als Berufung.

Diese Heiligung der Arbeit als Gottesdienst wurde durch den Protestantismus in die Arbeitswelt geholt. Nicht nur die Geistlichen haben eine Berufung, sondern jeder Christ: in seinem Beruf, den er, aus Dankbarkeit für die göttliche Gnade, gewissenhaft und treu ausfüllt, als Knecht und Herr, als Magd und Handwerker - je nach Amt und Stand. Amt und Stand und soziales Ansehen, das sind die ersten Bedeutungen von „Würde“.

Die Heiligung des Berufes im Protestantismus, des Erwerbs im Calvinismus, das waren die religiösen Untergründe des frühen Kapitalismus; Arbeit, Fleiss und Kaufmannsehre wurden zum Heiligen Gral des Bürgertums. Der Bürger ist Arbeitsbürger. Und sein Selbstbewußtsein beruht nicht auf seinem Reichtum, sondern auf seinen Fähigkeiten, auf seinem Beruf. Jedenfalls in der Ideenwelt. In der Realität wog das Eigentum schwerer, und die Emanzipation der Arbeiter zum Bürger erfolgte nicht über ein Recht auf Arbeit - die Kämpfe dafür wurden blutig niedergeschlagen - sondern durch stetiges Wachstum, durch die Massenproduktion, die den Arbeiter zum Konsumenten machte und durch den Kampf der Gewerkschaften für Vollbeschäftigung.

Und nun ist diese Erfolgsgeschichte der kapitalistischen Moderne an eine Grenze gestoßen. Gesättigte Märkte und die globale Konkurrenz sorgen dafür, dass sich – bei uns – die Wachstumskurve abflacht. Die Entqualifizierung vieler Tätigkeiten durch die technologische Entwicklung zersetzt das Selbstbewusstsein und die kollektive Identität der Arbeitenden. Das Abendländische Aktivitätskommando hat sich aufgelöst in Einzelkämpfer. Die Selbstverwirklichung geschieht im Konsum, und auf den gibt es nun ein Menschenrecht. Nicht mehr „Arbeit für alle“, sondern „Einkommen für alle“.

„Wer nicht um seine eigene Existenz fürchten muss, wer sein Grundauskommen hat“, so steht es in Götz Werners Buch „1000 Euro für alle“, der könne „großzügiger und gelassener sein“ hinsichtlich der Unterschiede zwischen arm und reich. In solchen Worten entpuppt sich das Grundrecht auf Wohnen, Essen und Elektronik – denn mehr ist für 1000 Euro nicht zu haben - als eine Abwehrmaßnahme derer, die mehr haben und behalten wollen. Sehr viel kostet diese Abwehrmaßnahme nicht, jedenfalls solange die Textilien und die Elektronik aus China kommen und das Fleisch aus der Massentierhaltung. „Soziale Probleme“, so Götz Werner, „sind Oberschichtenprobleme. Wenn die

Oberschicht ihre Intelligenz nicht nutzt, wird uns der Laden demnächst um die Ohren fliegen.“

So bliebe die Spaltung der Gesellschaft unter einer Semantik der Gleichheit erhalten. Das Gesellschaftsbild der christlichen und bürgerlichen Aufklärer von Thomas Morus über Adam Smith, John Locke, John Stuart Mill, den Soziologen Emile Durkheim, den Ökonomen John Maynard Keynes, den Jesuiten Oswald Nell-Breuning sah anders aus. Die katholische Soziallehre fordert den Vorrang der Arbeit über das Kapital. Und: "An der Arbeit, die in unsichtbarer Verkettung alle leisten, sind alle berechtigt. (...) Eigentum, Verbrauch und Anspruch sind (daher) nicht Privatsache.“ Das schrieb nicht Karl Marx, sondern der AEG-Gründer Walter Rathenau. Und weiter: "Nur auf der Grundlage ähnlicher Lebensumstände" könne Demokratie möglich werden. Ähnliche Lebensumstände aber können durch eine Grundsicherung nicht hergestellt werden, und die Würde der Individuen nicht durch eine Stilllegungsprämie für ausgemusterte Arbeitskräfte.

Was wäre also die Alternative? Erinnern wir uns noch einmal an die zweite Prämisse für das Grundeinkommen: es gebe nicht mehr genug Arbeit, die so anspruchsvoll und gut bezahlt ist, dass sie allen Bürgern nicht nur ein existenzsicherndes Einkommen auf unserem kulturellem Niveau ermöglicht, sondern auch die Möglichkeit bietet, „alle ihre menschlichen Vermögen und Tätigkeiten“ zu aktivieren.

Diese Prämisse aber dass uns die gute Arbeit ausgeht - stimmt aber nicht. Denn mit der Arbeit ist es wie mit den Vermögen: es ist genug da, sie ist nur nicht richtig verteilt. Machen wir also eine andere Rechnung auf als die des 1000-Euro-im-Monat-Versprechens: Zur Bewältigung des Arbeitsvolumens dieser Gesellschaft - ca. 57 Milliarden Stunden pro Jahr - brauchten wir nur 32 Millionen Erwerbstätige, wenn alle in Vollzeit arbeiten würden. Dann allerdings wären 13 statt drei Millionen Menschen arbeitslos. Würden wir hingegen das Arbeitsaufkommen gleichmäßig auf die 45 Millionen Arbeitsbevölkerung verteilen, dann reichte eine Wochenarbeitszeit von 30 Stunden. Das heisst: „Vollbeschäftigung“ ist nichts statisches, sondern beruht auf einer jeweils auszuhandelnden und historisch wandelbaren Arbeitszeit. So hat sich die Zahl der Arbeitsstunden pro Jahr und Kopf der Bevölkerung von 1900 bis zum Jahr 2000 halbiert, durch Produktivitätsfortschritte und gewerkschaftliche Kämpfe. Und es ist gar nicht einzusehen, dass dieser Trend am Ende ist, und warum eine Gesellschaft unmöglich sein soll, in der jeder in fünf Tagen à sechs Arbeitsstunden seinen materiellen Bedarf erarbeiten kann. Die Voraussetzung dafür wäre ein Bildungssystem, das keine funktionalen Analphabeten mehr produziert, ein Mindestlohn, der den Lebensbedarf des Arbeitenden deckt, und - schon aus ökologischen Gründen - eine Änderung der Konsumansprüche.

Vieles im europäischen Nachdenken über Arbeit läuft auf eine Art Gesellschaft zu, in der jeder zum einen am System der Erwerbsarbeit teilnimmt - weil Geldlohn nach wie vor das Mittel ist, mit dem sich individuelle Konsumwünsche erfüllen lassen. Zum anderen aber jeder ausreichend Muße hat, um sich kulturell zu betätigen, weiterzubilden, an der Politik teilzunehmen. Und schließlich: über ein drittes Zeitsegment verfügt, in dem er und sie Arbeiten verrichten kann, für die in der jetzigen Ordnung nicht

genug gezahlt werden kann, ja die eigentlich gar nicht mit Geld aufgewogen werden können und sollten: Kinder groß ziehen zum Beispiel, Alte pflegen, die eigene Umwelt gestalten, Gemeinschaft bilden, künstlerisch kreativ sein. Nach 200 Jahren industriellen Fleisses verdiente diese Idee einer solchen „Dreizeitgesellschaft“ den Namen einer realistischen Utopie. 1000 Euro Konsumgeld, das wäre zu wenig, nach all der Mühe.

Vor allem aber: Es gibt noch zu viel zu tun, als dass wir auf die Mitwirkung aller verzichten könnten. Das Gebot an Adam und Eva, die Erde zu bebauen und zu bewahren, hat am vorläufigen Ende unserer Fortschrittsgeschichte neue Dringlichkeit gewonnen. Die Klimakrise, die Erschöpfung der Rohstoffe, die Energieversorgung, die Überalterung, der Zustand unserer Schulen - all das erfordert viel Arbeit. Die Forderung einer Stilllegungs- und Konsumprämie für lern- und arbeitsfähige Menschen ist schlicht und ergreifend unzeitgemäß. Ebenso wie die Idee einer Freiheit, die sich darauf beschränkt, tun zu können, was man will, statt tun zu wollen, was nötig ist: Häuser isolieren, Städte umbauen, Verkehrswege modernisieren. Erzieher, Landschaftspfleger, Sozialarbeiter, Lehrer werden gebraucht, Altenbetreuer, Kindervorleser und unzählige andere mehr. Mag sein, dass die Dreizeitgesellschaft zur Zeit eine Utopie ist: der Weg zu ihr führt über gesetzliche Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, eine Bildungsexplosion, und eine obligatorische Berufsausbildung für alle Jugendlichen.

Utopisch ist das nicht. Sondern notwendig. Und weil sich im Augenblick niemand so recht für diese Forderungen stark macht, ist es sinnvoller, für sie zu kämpfen, statt für eine monatliche Konsumprämie. Mit der würden wir verfehlen, was uns zu Menschen macht. Kein Tier und keine Maschine arbeitet, so schrieb Papst Johannes Paul II., sondern nur der Mensch. In seiner Arbeit schreibt er die Schöpfung weiter, drückt er sich aus, erkundet die Welt und verbindet sich mit den anderen. Wenn ihm diese Arbeit ausgeht, droht die Gefahr, dass sich die Menschheit wieder in eine Tiergattung verwandelt - so drastisch hat es die Philosophin Hannah Arendt einmal ausgedrückt. Aber man kann das durchaus wörtlich nehmen: ein bedingungsloses Grundeinkommen jedenfalls passte zu einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen vor dem Lagerfeuer des Fernsehens dösen und nur ab und zu aufwachen, um ein Schnäppchen zu machen.

* * *

Zum Autor:

Mathias Greffrath, Studium der Soziologie, Geschichte und Psychologie an der FU Berlin; von 1991 bis 1994 Chefredakteur der Wochenpost in Berlin, seit 1995 schreibt er u.a. Essays für den Norddeutschen Rundfunk, Zeit und Süddeutsche Zeitung, die deutsche Ausgabe von le monde diplomatique und die tageszeitung; Träger des Jean-Améry-Preises für Essayistik